

Überwindung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Bulgarien

Brahm, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brahm, H. (1997). *Überwindung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Bulgarien*. (Berichte / BIÖst, 47-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43248>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Die Uhren Bulgariens gehen anders	7
1.1 Schleppende Reformen	9
2. Die juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts.....	11
2.1 Erste Gesetze	11
2.2 Die Verfassung von 1991	13
2.3 Von Filip Dimitrov bis Žan Videnov.....	13
3. Umgang mit Unterlagen des Geheimdienstes und der BKP.....	15
4. Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst und in der Wissenschaft	18
5. Lager, Opfer, Gedenkstätten.....	19
6. Widerstand und Kollaboration.....	19
7. Die BSP und ihre kommunistische Vergangenheit.....	21
Summary	23

25. Oktober 1997

Der vorliegende Bericht entstand im Rahmen eines Projekts der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit".

Heinz Brahm

Überwindung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Bulgarien

Bericht des BIOst Nr. 47/1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

Die Geographie ist für jedes Land Schicksal. Wegen seiner Randlage in Europa ist Bulgarien in seiner Entwicklung stark behindert oder sogar zurückgeworfen worden. Erst 1878 ist es der osmanischen Herrschaft, die fast ein halbes Jahrtausend gedauert hat, entkommen. 1934 war der Parteienpluralismus beseitigt worden, der zwar am Ende des Zweiten Weltkrieges für kurze Zeit wieder auflebte, dann aber von den Kommunisten, die nur noch eine gleichgeschaltete Bauernpartei an ihrer Seite duldeten, brutal unterdrückt worden war. Rund 40 Jahre haben die Kommunisten auf ihre rüde Art regiert und Regungen eigenständigen politischen Denkens erstickt. Sie scheuten nicht einmal davor zurück, einen Kritiker wie Georgi Markov 1978 in London zu ermorden. Der Kontakt zum Westen wurde von Sofia stark eingeschränkt. Todor Živkov wünschte sogar den Anschluß seines Landes an die Sowjetunion. Infolge dieser Politik ist Bulgarien im Westen kaum noch wahrgenommen worden.

Nach 1989 hat sich die Bulgarische Kommunistische Partei (BKP) sehr schnell dem Demokratisierungsprozeß, wie er in Ostmitteleuropa stattfand, angepaßt. Sie verzichtete auf ihre Monopolstellung, ließ Oppositionsparteien zu und benannte sich gemäß dem Trend der Zeit in "Bulgarische Sozialistische Partei" (BSP) um. Anders als die postkommunistischen Parteien Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei und der DDR ging die BSP aus den ersten freien Wahlen als stärkste Partei hervor. Erst 1991 siegte die "Union der demokratischen Kräfte" (SDS) mit einem hauchdünnen Vorsprung vor der BSP und bildete, gestützt von der DPS (Bewegung für Rechte und Freiheiten), der politischen Vertretung der Türken, unter Filip Dimitrov die erste antikommunistische Regierung. Schon 1992 trat diese Regierung zurück, nachdem sie von allen Seiten unter Beschuß genommen worden war und ihr zuerst die Abgeordneten der DPS, dann eine Reihe von SDS-Abgeordneten untreu wurden. Den Abtrünnigen war der Kurs der "blauen" Regierung zu scharf. In Wirklichkeit war er, vergleicht man ihn mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, moderat.

Die neue Regierung unter Ljuben Berov, die von der BSP, der DPS und den SDS-Abtrünnigen getragen wurde, verzichtete auf eine Entsorgung der kommunistischen Altlasten und endete schließlich in einer Sackgasse.

Die Wahlen von 1994 bescherten der BSP die absolute Mehrheit im Parlament. Sie wäre also bestens ausgestattet gewesen, das große Reformprogramm, wie sie es versprochen hatte, zu

verwirklichen. Sie scheiterte jedoch 1995 bei der Eindämmung der Kriminalität und 1996 in der Wirtschaft. Brot wurde knapp und unverhältnismäßig teuer. Selbst das "Neue Deutschland" ging davon aus, daß nirgendwo in Osteuropa die Krise verheerender war als in Bulgarien.

Vor allem die Rentner konnten sich an die unvermeidlichen Turbulenzen und Härten der Demokratisierung und Marktwirtschaft nicht gewöhnen und hatten 1994 größtenteils die BSP gewählt. Erschreckend war, daß viele Intellektuelle, Journalisten oder Wissenschaftler keine so weitreichende Dekommunisierung wie etwa in Tschechien wünschten und damit gewollt oder ungewollt der BSP in die Hände arbeiteten, die so wenig reformiert war, daß sie nicht in die Sozialistische Internationale aufgenommen werden konnte.

Die BSP war trotz ihres eklatanten Versagens jedoch nicht bereit, die Macht aus der Hand zu geben. Sie wich erst dem massiven Druck von der Straße und verlor die Wahlen im April 1997.

Nach den Wahlen vom April 1997 machte die neue Parlamentsmehrheit der "Vereinigten demokratischen Kräfte" (ODS) erneut Vorstöße, die kommunistische Vergangenheit aufzuarbeiten.

Ergebnisse

1. Die juristische Bewältigung kommunistischen Unrechts machte bis 1992 Fortschritte. Seit 1993 gab es jedoch Anstrengungen, manche "Exzesse" der SDS-Regierung rückgängig zu machen. Auch unter der Ägide der BSP-Regierung Žan Videnovs haben der Oberste Justizrat und das Verfassungsgericht ihre Unabhängigkeit gewahrt, was den Sozialisten so sehr ein Dorn im Auge war, daß sie immer wieder erklärten, beide Organe erhielten von bestimmter Seite Weisungen.
2. Die Archive der DS (Staatssicherheit) konnten selbst unter Filip Dimitrov nicht geöffnet werden, weil es in der DPS und sogar in der SDS Widerstand gegen allzuviel Transparenz gab. Die interessantesten Teile des Archivs sind allem Anschein nach verschwunden. Im Juli 1997 hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das die Öffnung des Geheimdienstarchivs erlaubt. Man hofft so, alte Spitzel, die möglicherweise heute noch erpreßt werden können, zu entlarven. Später sollen die Akten auch den Opfern zugänglich gemacht werden.
3. In der Regierungszeit Filip Dimitrovs sind die Verwaltung und die Wissenschaft stärker ausgesiebt worden. Die alten Kader hatten, solange die BSP tonangebend war, nichts zu befürchten. Zum Teil hatten sozialistische Minister schon hohe und höchste Ämter in der kommunistischen Zeit inne. Ehemalige Kommunisten waren in den Banken und Medien nicht selten als "Parteilose" tätig. Nach dem Sieg der "Vereinigten demokratischen Kräfte" im April 1997 ist beabsichtigt, alle Funktionäre aus hohen Staatsposten zu entfernen.
4. Nach 1989 war das Interesse an den Lagern aus der kommunistischen Zeit zunächst beachtlich. Es erschien damals eine Reihe von Fernsehsendungen und Büchern über die von den Kommunisten Verfolgten. Gedenkplaketten erinnern an die wichtigsten Lager. Ange-

sichts der heutigen wirtschaftlichen Notlage wollen sich nur noch wenige mit der kommunistischen Vergangenheit beschäftigen.

5. Es hat in Bulgarien keinen so massiven Widerstand gegen das kommunistische Regime wie in Polen, Ungarn und in der Tschechoslowakei gegeben. Die Bulgaren hatten allerdings auch nur wenig Unterstützung vom Westen. Das kommunistische Regime war gegenüber Nonkonformisten manchmal fast nachsichtig und manchmal brutal.
6. Die BSP glaubt, für das Unrecht der BKP nicht mehr verantwortlich zu sein. Die Sozialisten berufen sich auf die humanistischen Wurzeln des Kommunismus und ihren Kampf gegen die Monarchie sowie den bulgarischen Faschismus, der in ihren Augen fast so schlimm wie der deutsche Faschismus zu sein scheint. In den Reihen der BSP finden sich Nostalgiker, Sozialisten undefinierbarer Färbung, Opportunisten und sogar Millionäre. Allem Anschein nach haben einige der heutigen Sozialisten zumindest Berührungspunkte mit kriminellen Organisationen.

1. Die Uhren Bulgariens gehen anders

Nach dem Umbruch von 1989 schien Bulgarien zunächst mit den Reformländern in Mitteleuropa Schritt halten zu können; es fiel jedoch seit 1993 kontinuierlich und seit 1996 dramatisch zurück. 1997 machte es dann einen Sprung nach vorn. Bedingt war diese Entwicklung durch externe und interne Faktoren.

Geopolitisch ist die Lage Bulgariens ungünstig. Auf dem Schachbrett der Großmächte war das Land im 19. Jahrhundert noch eine interessante und umstrittene Figur. Nach 1989 befand sich Bulgarien für die meisten Briten, Franzosen und möglicherweise auch für die Deutschen außerhalb ihres Gesichtskreises. Bulgarien stößt nicht auf dasselbe Interesse im Westen wie etwa das Baltikum, vielleicht nicht einmal wie Rumänien. Das über Restjugoslawien verhängte Embargo hat dem Land zusätzlich stark geschadet.

Der heutige Rückstand Bulgariens im Vergleich zu Polen, Tschechien oder Ungarn ist aber auch und vor allem durch die innenpolitische Lage des Landes bedingt, die wiederum eine Folge des schweren historischen Erbes ist. Die Jahrhunderte der osmanischen Herrschaft waren und sind bis heute eine schwere Hypothek für das Land. Bulgarien war für ein halbes Jahrtausend von der kulturellen Entwicklung Europas abgeschnitten.

Erst 1878 gewann der Norden Bulgariens seine Freiheit zurück, 1885 der Süden. Die Balkan- und die beiden Weltkriege haben keine kontinuierliche Entfaltung zugelassen. Bulgarien konnte nicht auf eine solide demokratische Tradition zurückblicken, als es in den Einzugsbereich der Sowjetunion geriet. Mehr als 40 Jahre wurden die Beziehungen zum Westen nur sehr selektiv gestattet. Moskau galt als das Nonplusultra der Zivilisation. Die Bulgarische Kommunistische Partei (BKP) war nicht annähernd so stark für Neues aufgeschlossen wie ihre Schwesterparteien in Polen oder Ungarn. Sie regierte mit jovialer Brutalität. Todor Živkov wollte sein Land so eng wie nur irgend möglich mit der Sowjetunion verklammern.

Die Bulgaren sind, abgeschottet vom westlichen Ausland, im Geist von Stalin und Georgi Dimitrov, von Leonid Brežnev und Todor Živkov indoktriniert worden. Vor allem auf dem flachen Land haben sie kaum etwas anderes als den Marxismus-Leninismus kennengelernt. Es gab keine Dissidenten im engeren Sinn, wohl Nonkonformisten, die sich jedoch, wenn sie sich zu Wort meldeten, immer noch in den Grenzen des Sozialismus bewegten.

Die bulgarische Wirtschaft lag vor 1989 eindeutig unter dem Niveau Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns. Sie war unverhältnismäßig stark auf die Sowjetunion und den RGW fixiert, während Ungarn bereits die westlichen Märkte für sich entdeckt hatte.

Als der Kommunismus 1989 wie ein Kartenhaus zusammenbrach, war Bulgarien nicht im geringsten auf die Demokratie vorbereitet.¹

¹ Zum historischen Hintergrund R.J. Crampton: *A Concise History of Bulgaria*, Cambridge 1997; W. Höpken (Hg.): *Revolution auf Raten, Bulgariens Weg zur Demokratie*, München 1996; C.A. Moser: *Theory and History of the Bulgarian Transition*, Sofia 1994. – Der Autor ist Borislav Vankov für seine Hilfe zu großem Dank verpflichtet.

Am 10. November 1989 wurde Živkov, der 35 Jahre an der Spitze der Kommunistischen Partei Bulgariens gestanden hatte, auf einer ZK-Sitzung abgelöst. Neuer Parteichef wurde Petăr Mladenov, von dem die aufgeschreckten Funktionäre erwarteten, daß er die notwendigen Veränderungen in ihrem Sinn steuern könnte. Živkov wurde nicht nur wegen seiner eklatanten Mißwirtschaft und der Zwangsassimilierung der türkischen Minderheit, sondern auch wegen seines pompösen Lebensstils an den Pranger gestellt. Für die breite Bevölkerung war die Korruption Živkovs in einem Slogan enthalten, der wochenlang in aller Munde war: "Der Zar besaß vier Villen, Živkov 40." Die neue Garde der KP versuchte, den gestürzten Parteichef und dessen engste Umgebung für alle Fehler verantwortlich zu machen, um von ihrer eigenen Rolle in der Partei während der vergangenen Jahre abzulenken.

Einen Monat nach Živkovs Sturz vereinigten sich zehn Bürgerinitiativen und Parteien zur "Union der demokratischen Kräfte" (SDS), die sich für ein Mehrparteiensystem, die Entpolitisierung der Streitkräfte, die Menschenrechte und die Marktwirtschaft einsetzte. Unter das Dach der SDS begaben sich auch traditionelle Parteien, die sich neu konstituierten, wie die "Demokratische Partei", die "Bulgarische Bauernpartei 'Nikola Petkov'", die "Bulgarische Sozialdemokratische Partei" und die "Radikaldemokratische Partei". Auch die unabhängige Gewerkschaft "Podkrepa" war eine Zeitlang Mitglied. Neue Gruppen stießen zu ihr, andere verließen sie wieder. Immerhin war mit der Gründung der SDS ein, wie sich schnell herausstellte, wirksames Instrument geschaffen, mit dem die Opposition der Übermacht der Kommunisten entgentreten konnte. Zum Erkennungssymbol der "Union der demokratischen Kräfte" wurde die blaue Fahne, die deutlich vom verbrauchten Rot der Widersacher abstach. Die Regierung überließ der SDS im Zentrum von Sofia, Rakovskistraße 134, ein fünfstöckiges Gebäude als Hauptquartier. Als Sprachorgan der "Union" erschien die "Demokracija", die allerdings zunächst nicht das höchste Niveau des Journalismus erreichte.

Die Medien öffneten sich allmählich auch Nichtkommunisten. Der im spanischen Exil lebende Zar Simeon II. erhielt im Fernsehen die Gelegenheit, in gepflegtem Bulgarisch seine Ansichten zum Umbruch in Bulgarien darzulegen.

Wie sehr die kommunistischen Machsträger die Opposition zum Nachweis ihrer Fortschrittlichkeit brauchten, zeigte ihre Bereitschaft, an einem Runden Tisch zusammen mit der bis dahin treu ergebenen Bauernpartei und vor allem mit der SDS über einen gemeinsamen Ausweg aus der Krise zu verhandeln. Ziel der kommunistischen Delegationsleiter war es, die Opposition in die Regierung aufzunehmen und so die eigene Verantwortung zu verringern, während die Vertreter der SDS die schrittweise Demontage des alten Herrschaftssystems anstrebten. Die SDS wünschte einen Rechtsstaat, der mehreren Parteien Platz gewährte, und wollte sich um keinen Preis in einer Koalition mit den Kommunisten diskreditieren. Sie forderte die konsequente Trennung von Partei und Staat, die Auflösung der kommunistischen Basisorganisationen, die Abschaffung der Repressionsorgane, den Zugang aller Parteien zu den Massenmedien vor den bevorstehenden Wahlen und die Beratung von Gesetzesvorlagen, ehe sie ins Parlament gelangen. Um den Kommunisten Zug um Zug Konzessionen und Kompromisse abzutrotzen, bedurfte es nicht nur der Drohung der SDS, den Runden Tisch zu verlassen, sondern auch des Drucks von außen, der Massendemonstration.

Im Vertrauen auf ihr weitverzweigtes Funktionärsnetz und ihre nach wie vor enorme wirtschaftliche Macht ließen die Kommunisten im Juni 1990 freie Wahlen zu. Dem Trend in den anderen osteuropäischen Ländern folgend, bezeichneten sie sich zuvor auf ihrem Firmenschild als "Bulgarische Sozialistische Partei" (BSP). Anders als in den Staaten Mitteleuropas gewannen die Postkommunisten in Bulgarien die ersten freien Wahlen. Die BSP erhielt 47, die SDS 36, die hauptsächlich von den Türken unterstützte DPS (Bewegung für Rechte und Freiheiten) 6 und die Bauernpartei (BZNS) 8 Prozent der Stimmen.

Infolge des gemischten Verfahrens von Listenverhältniswahl und Direktwahl erhielten die Sozialisten im 400 Sitze umfassenden Parlament die absolute Mehrheit. Die SDS hatte vor allem in den großen Städten wie Sofia, Plovdiv und Varna gewonnen, während die Sozialisten auf dem Land und in kleineren wie mittleren Städten erfolgreich waren. Die 2,3 Millionen Rentner, die ein Drittel aller Wahlberechtigten stellten, haben vorwiegend den Sozialisten ihre Stimme gegeben, die ihnen suggeriert hatten, daß nur sie sichere Renten garantieren könnten. Die Wähler unter 45 Jahren haben dagegen eindeutig die SDS bevorzugt.

Die Sozialisten wurden jedoch ihres Wahlsiegs nicht froh. Sie vermochten den wirtschaftlichen Absturz nicht aufzuhalten. Moskau kürzte massiv die Öllieferungen. Der Handel mit den Staaten Osteuropas, der zuvor fast 80% des Gesamthandels ausgemacht hatte, ging sehr stark zurück. Die Regale in den Läden leerten sich besorgniserregend.

In zunehmendem Maße richtete sich die Erbitterung der Bevölkerung gegen die Exkommunisten und namentlich gegen Präsident Mladenov und Ministerpräsident Andrej Lukanov. Vor dem Präsidentenpalais kampierten Demonstranten in einer "Stadt der Wahrheit", um die Sozialisten durch einen Sitzstreik unter Druck zu setzen. Aus Protest gegen die diskreditierten Politiker, die sich an ihre Sessel und ihre Macht klammerten, hielten Studenten die Universitäten besetzt und boykottierten die Vorlesungen. Mittels der parlamentarischen wie außerparlamentarischen Opposition wurde den Sozialisten eine Stellung nach der anderen genommen. Befand sich Bulgarien bis dahin noch in der Gesellschaft der Sowjetunion, Rumäniens und Serbiens, wo die Kommunisten oder deren Nachfolger tonangebend waren, so scherte es jetzt aus dieser Gruppe aus.

1.1 Schleppende Reformen

Die sozialistische Regierung unter Andrej Lukanov scheiterte 1990 kläglich und bescherte der Bevölkerung den berüchtigten "Lukanov-Winter", in dem es die meisten Güter des täglichen Bedarfs nicht mehr zu kaufen gab. Trotz dieser Erfahrung mit den Sozialisten siegte die "Union der demokratischen Kräfte" in den zweiten freien Wahlen nur äußerst knapp vor der BSP, konnte aber immerhin die Regierung bilden. Ministerpräsident Filip Dimitrov, der Bulgarien nach westlichen Maßstäben umgestalten wollte, wurde aber sowohl durch innere Spannungen in der SDS als auch durch eine Vielzahl von unversöhnlichen Gegnern außerhalb der SDS zermürbt. Den pausenlosen Attacken der ehemaligen Kommunisten, der roten Wirtschaftsnomenklatura, der Presse und der Gewerkschaften vermochte die SDS-Regierung nicht standzuhalten. Selbst viele "Liberale" in und außerhalb der SDS ruhten nicht eher, bis sie die Regierung zu Fall gebracht hatten.

Ein großer Teil der Bulgaren, darunter auch Antikommunisten, hielten die von der SDS betriebene Abkehr von den Überresten des Kommunismus, von der Korruption und von der Schlamperei für einen überflüssigen Radikalismus, vielleicht sogar eine Gefahr. Reformen, wie sie in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei durchgesetzt wurden, galten als eine Zumutung. Man wollte nicht den vollen Preis für die wirtschaftliche und politische Transformation zahlen, allenfalls die Hälfte, vielleicht auch nur ein Viertel. In der Folge schob man die Privatisierung, die natürlich schmerzhaftes Opfer verlangte, oder die Sanierung der Banken immer weiter hinaus.

Nach der "Expertenregierung" Ljuban Berovs und einer geschäftsführenden Regierung unter Reneta Indžova kehrte die BSP nach den Wahlen vom 18. Dezember 1994 triumphal an die Macht zurück. Ihr Wahlbündnis errang 125 von 240 Parlamentssitzen. Die verhängnisvolle Berov-Regierung muß vielen Bulgaren seltsamerweise als ein SDS-Kabinett erschienen sein, obwohl sie hauptsächlich von den Sozialisten gestützt wurde, keinesfalls aber von der SDS. Jedenfalls setzten viele Wähler ihre ganze Hoffnung auf die Partei der ehemaligen Kommunisten, die als Garantin für soziale Sicherheit und ökonomische Vernunft galt. Demokratie war für sie ein Horror, Sozialismus eine Hoffnung. Am 25. Januar 1995 wurde Žan Videnov mit den Stimmen der BSP und des Bulgarischen Business-Blocks (BBB) zum Ministerpräsidenten gewählt, einen Tag später seine Regierung bestätigt.

Mit ihren 334.000 Mitgliedern war die sozialistische Partei eine enorme Macht. Allerdings war sie innerlich zerrissen, was vielen zunächst verborgen blieb. Ihre Führer behaupteten immer wieder, daß sie eine sozialistische Partei westlichen Typs sei. Nach ihrer Meinung hatte sie sich weit vom Marxismus–Leninismus entfernt, in Wirklichkeit jedoch beileibe nicht weit genug. Außer der Serbischen Sozialistischen Partei hat keine postkommunistische Partei so viele KP-Mitglieder der Mutterpartei übernehmen können wie sie.

Die Regierung Videnovs begann mit einer Lebenslüge. Sie sah die Ursache für alle Mißstände im Land fast ausschließlich in der Politik der SDS-Regierung unter Filip Dimitrov und weigerte sich hartnäckig, die Probleme der Gegenwart als eine Hinterlassenschaft des Kommunismus zu sehen. Dementsprechend sah sie auch keinen Handlungsbedarf, den Staat und die Wirtschaft vom Erbe der BKP zu befreien. Sie verschloß die Augen vor dem Immoralismus breiter Bevölkerungsschichten. Sie hatte keine Vorstellung vom heillosen Zustand der Banken. Sie wußte nicht, wie weit der Einfluß der organisierten Kriminalität reichte. Sie war sich nicht über die Folgen im klaren, die sich aus der Subventionierung maroder Staatsbetriebe ergaben. Die Regierung Videnovs versuchte die Fäden der Wirtschaft wieder stärker in die Hand zu bekommen. 1996 wurde Brot zur Mangelware. Weizen mußte importiert werden. Viele Banken wurden zahlungsunfähig. Der Wert des Lev verfiel rascher und rascher. Nicht wenige Wähler haben von der BSP nach der Regierungsbildung 1995 erwartet, daß sie ihre Parlamentsmehrheit nutzen würde, um wenigstens die grassierende Wirtschaftskriminalität einzudämmen. Selbst dazu war die Regierung außerstande. Hohe und höchste Vertreter der BSP haben eingeräumt, daß Wirtschaftsgruppen und sogar die Mafia Vertrauensleute im Staatsapparat hatten, und Informationen über geplante Polizeiaktionen gelangten schnell nach draußen.

Als die Parlamentsmehrheit keine Bereitschaft zu Neuwahlen zeigte, stürmte eine aufgebrachte Menschenmenge am 10. Januar 1997 das Parlament. Es bedurfte jedoch noch vieler Demonstrationen, ehe die Sozialisten die Bühne verließen. Die BSP hat in ihrer zweijährigen Regierungszeit dem Land großen Schaden zugefügt und es um Jahre zurückgeworfen. Sie hat ihre Vergangenheit stärker verdrängt als aufgearbeitet. In ihrem Willen zur Macht war sie eher schlau als redlich. Sie hat die Privatisierung der großen Betriebe immer wieder auf die lange Bank geschoben.

Eine Interimsregierung unter Stefan Sofijanski (SDS) mußte in größter Eile alle die drängenden Probleme lösen, die die Demokratische Linke vor sich hergeschoben hatte. Die Wahlen vom April 1997 bewiesen den dramatischen Vertrauensverlust der BSP in der Bevölkerung. Die "Vereinigten demokratischen Kräfte" (ODS) gewannen 137 der 240 Parlamentssitze, die Sozialistische Partei nur noch 57. Neuer Premier wurde Ivan Kostov. Die nichtsozialistischen Kräfte waren zum ersten Mal seit 1989 stark genug, um die Wirtschaftsreformen anzupacken. Die notorischen Quertreiber hatten die SDS inzwischen verlassen. Zum ersten Mal war die SDS, die mit Abstand stärkste Kraft in der ODS, handlungsfähig und geschlossen.

Auch in der Bevölkerung war inzwischen erkannt worden, daß kein Weg an schmerzhaften Einschnitten vorbeiführte, wenn man die Marktwirtschaft wollte.

2. Die juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts

2.1 Erste Gesetze

Vor der immensen Erblast, die der Kommunismus hinterlassen hat, erweist sich die Macht des Rechts als begrenzt. Man kann die Toten des früheren Systems nicht wieder zum Leben erwecken, den früheren Häftlingen die verlorenen Jahre nicht zurückerstattet, und man kann meistens die Verantwortlichen des kommunistischen Regimes, ja sogar die notorischen Täter nicht zur Rechenschaft ziehen, weil selbst bei Straftaten schlimmster Art nur die zur Tatzeit am Tatort gültigen Gesetze angewandt werden können.² Man kann jedoch die Lebenden vor künftigen Willkürmaßnahmen rechtlich stärker schützen.

Die bulgarischen Kommunisten, die das Beispiel Polens, Ungarns und der DDR vor Augen hatten, demontierten nach dem 10. November 1989 die kommunistischen Attribute ihres Staates, offensichtlich aus Sorge, gegenüber den Ländern Mitteleuropas ins Hintertreffen zu geraten. Sehr rasch wurde die herrschende Verfassung durch Gesetze einschneidend verändert:³

1. Die "führende Rolle" der kommunistischen Partei wurde gestrichen (Gesetz vom 16. Januar 1990).

² G. Brunner (Hrsg.): Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts in Osteuropa und Deutschland, Berlin 1995, S. 25.

³ K. Schrameyer: Die neue bulgarische Verfassung, in: Osteuropa-Recht, 2/3, 1992, S. 159-180, hier S. 159.

2. Die Volksrepublik Bulgarien wurde zu einem "demokratischen parlamentarischen Rechtsstaat" erklärt. Jeder Bezug auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus wurde getilgt (Gesetz vom 3.4.1990).
3. An die Stelle des früheren Staatsrates trat der Präsident (Gesetz vom 3.4.1990). Dieses Amt wurde eigens für den kommunistischen Altfunktionär Petăr Mladenov geschaffen,⁴ der aber bald als nicht mehr kreditwürdig galt.

Das Parlament beschloß unmittelbar nach dem Umbruch Amnestien für die in kommunistischer Zeit politisch Verurteilten.⁵ Die Türken, die unter Todor Živkov zur Annahme bulgarischer Namen gezwungen worden waren, konnten wieder ihre alten Namen führen. In mehreren Etappen wurden die Opfer der kommunistischen Justiz rehabilitiert, unter ihnen der Bauernführer Nikola Petkov und der Kommunist Trajčo Kostov. Es wurde beschlossen, politisch Verfolgten bzw. deren Hinterbliebenen eine Entschädigung zu zahlen.⁶ Ein Gesetz vom 17. Juni 1991 sah die Rehabilitierung von Personen vor, die in der Zeit vom 12. September 1944 bis 10. November 1989 wegen ihrer Abstammung, ihrer politischen und religiösen Überzeugungen unterdrückt worden waren. In den Kreis der Rehabilitierten wurden nicht nur die strafrechtlich Verurteilten, sondern auch relegierte Studenten und Schüler sowie Verschollene aufgenommen.⁷ (Die Urteile des Volksgerichts 1944-1945 wurden damals aber noch nicht aufgehoben.) Die durch Urteil konfiszierten Immobilien der rehabilitierten Personen sollten entweder zurückgegeben oder in anderer Weise entschädigt werden.⁸ Die Restitution landwirtschaftlicher Bodenflächen war vorgesehen.⁹

Ein Gesetz vom September 1990 bestimmte, daß Richter, Staatsanwälte, Untersuchungsrichter, Polizisten, Angehörige der Streitkräfte, des Außenministeriums und des Präsidentsamtes keiner politischen Partei angehören durften.¹⁰ Die Nichtmitgliedschaft muß ausdrücklich erklärt werden.¹¹

Nur wenige Richter haben seit 1989 ihre Ämter verloren.¹² Die hohen Funktionsträger des kommunistischen Herrschaftssystems sind praktisch straffrei ausgegangen. Selbst Todor Živkov erhielt eine geringe Strafe, die in Hausarrest vollzogen wurde.¹³ Im September 1997 wurde diese Strafe vom Obersten Gericht aufgehoben.

⁴ Dies wurde von A. Lukanov eingeräumt, so M. Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 902.

⁵ Ch. Jessel-Holst, in: Brunner, a.a.O., S. 125.

⁶ Ebenda, S. 126f.

⁷ Ebenda, S. 127f.

⁸ St. Stalev, in: Brunner, a.a.O., S. 120.

⁹ Jessel-Holst, a.a.O., S. 128.

¹⁰ St. Stalev, in: Brunner, a.a.O., S. 122.

¹¹ Jessel-Holst, in: Brunner, a.a.O., S. 133.

¹² Ebenda, S. 134.

¹³ Ebenda, S. 125.

2.2 Die Verfassung von 1991

Bulgarien war das erste Land in Osteuropa, das sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eine neue Verfassung gegeben hat. Die Postkommunisten schienen es deshalb so eilig mit einer neuen Verfassung gehabt zu haben, weil sie Barrieren gegen Tendenzen errichten wollten, die ihnen schädlich erschienen. Die Väter der neuen Verfassung haben Anleihen bei der französischen, deutschen und vor allem der spanischen als der jüngsten in Westeuropa gemacht.¹⁴ Eine Rückkehr zu der Verfassung von 1879, die die Monarchisten wünschten, hatte angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Großen Volksversammlung keine Chance.¹⁵

Die neue Verfassung, die von Teilen der SDS erbittert bekämpft worden ist, erwies sich trotz offensichtlicher Mängel zumindest als eine bessere Grundlage für eine moderne Demokratie als die alte kommunistische. Die Sozialisten haben ihre Mehrheit allerdings benutzt, um ihre Interessen durchzusetzen. Der BSP war daran gelegen, daß die Verfassung nur mit einer Dreiviertel- bzw. Zweidrittelmehrheit im Parlament geändert werden kann (Art. 153-163).¹⁶ Damit wollte man nicht nur den monarchistischen Tendenzen einen Riegel vorschieben, sondern auch allen Bestrebungen, die Entrümpelung des Kommunismus zu weit zu treiben. So ist die Verpflichtung zur Privatisierung sehr vage (Art. 19 I).¹⁷ Ausländer können kein Eigentumsrecht an Boden erwerben (Art. 22), womit ausländische Investitionen verhindert werden.¹⁸ Die neue Verfassung verbietet die Gründung von Parteien auf ethnischer, rassischer oder konfessioneller Grundlage (Art. 11 IV), damit wollte man der türkischen Minderheit entgegenwirken.

Das Verfassungsgericht (Art. 147-152), das ungefähr einem westlichen entspricht, war ein wichtiger Schutz gegen alle Versuche, die Bestimmungen der Verfassung willkürlich umzu-
deuten.

Die bulgarische Verfassung kann nach Meinung von Klaus Schrameyer als "moderne, liberale, rechtsstaatliche Verfassung gelten, nicht ohne einige technische Mängel, Lücken und Unklarheiten".¹⁹ Ob sie aber allen destruktiven Tendenzen im politischen Raum gewachsen ist, kann man natürlich nicht voraussagen.

2.3 Von Filip Dimitrov bis Žan Videnov

Die Kommunisten bzw. Sozialisten haben von 1989 bis 1996 mit zwei Ausnahmen entweder die Regierungen gestellt oder aber stark beeinflussen können. Nur die Kabinette Filip Dimitrovs und Reneta Indžovas blieben außerhalb ihrer Reichweite. Allerdings verfügte die BSP über genügend Filialen und Personen in den Industrieunternehmen, Banken, Gewerk-

¹⁴ K. Schrameyer, in: Osteuropa-Recht, 2/3, 1992, S. 160.

¹⁵ Ebenda, S. 160.

¹⁶ Ebenda, S. 162/163.

¹⁷ K. Schrameyer: Die Verfassung der Republik Bulgarien, in: Verfassung und Verwaltungsrecht der Staaten Osteuropas (VSO), Berlin 1996, S. 19.

¹⁸ K. Schrameyer, in: VSO, S. 4; K. Schrameyer, in: Osteuropa-Recht, 2/3, 1992, S. 162f.

¹⁹ K. Schrameyer, in: VSO, S. 4.

schaften und Medien, um diesen beiden antikommunistischen Regierungen das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Die Regierung Filip Dimitrovs hat manche heißen Eisen angepackt, die der BSP nicht ins Konzept paßten. Innerhalb weniger Monate schuf sie eine grundlegend neue rechtsstaatliche Ordnung.²⁰ Insgesamt wurden vom 13. Oktober 1991 bis zum 30. Juli 1992 62 neue Gesetze beschlossen, viele alte Gesetze novelliert.²¹

Kurz nach der Bildung der Dimitrov-Regierung wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach das gesamte Vermögen der kommunistischen Partei und der verwandten Organisationen, das nicht aus Mitgliedsbeiträgen stammte, dem Staat übereignet werden mußte.

Ein Gesetz über die Dekommunisierung in der Wissenschaft ("Panev-Gesetz") verfügte, daß alle Rektoren, Dekane, Fakultätsleiter und Direktoren aus der wissenschaftlichen Leitung entfernt werden mußten, sofern sie zur alten Nomenklatur gehört hatten.²²

Die Regierung beschloß zwar auch, leitende Bankangestellte, die zu eng mit den KP-Machtstrukturen verbunden waren, für die Dauer von fünf Jahren zu entfernen, jedoch wurde diese Bestimmung vom Verfassungsgericht verworfen.²³

Die Regierung Filip Dimitrovs eröffnete mit ihrer Gesetzgebung der Privatisierung die Bahn. Als Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Kommunismus sollte den ehemaligen Eigentümern die Immobilien zurückgegeben werden, die sich im staatlichen oder kommunalen Besitz befanden.²⁴

Mittels dieser Restitution sollte ein Gegengewicht gegen die Kapitalanhäufung in den Händen der ehemaligen Kommunisten gebildet werden.²⁵ Neben den Wirtschaftsgesetzen wurden ein Verfassungsgerichtsgesetz, ein Gesetz über die Kommunalverwaltung und Umweltgesetze verabschiedet. Unter Ministerpräsident Filip Dimitrov erhielt das Land beachtliche Impulse zur Regeneration. Seine Regierung wurde von Kräften aus der SDS und der DPS (der politischen Vertretung der türkischen Minderheit) zu Fall gebracht. Ihnen schien das Reformtempo zu schnell, obwohl es im Vergleich mit den ostmitteleuropäischen Ländern eher moderat war. Es gab in den Medien wie in der Intelligenz auffallend starke Vorbehalte gegen die im Grunde begrenzte Dekommunisierung, die die SDS wünschte. Im Namen einer falsch verstandenen Liberalität bot man immer neue Argumente auf, um nur ja nicht hohe Altkader der KP entlassen zu müssen.²⁶ Die Folgen waren für Bulgarien verheerend.

²⁰ K. Schrameyer, in: VSO, S. 16.

²¹ Ebenda.

²² St. Stalev, in: Brunner, a.a.O., S. 122.

²³ Jessel-Holst, in: Brunner, a.a.O., S. 133.

²⁴ K. Schrameyer, in: VSO, S. 19f.

²⁵ Ebenda, S. 20.

²⁶ Ivan Krastev: Blick zurück im Zorn. Die Lustrationsdebatte in der Tschechoslowakei und Bulgarien, in: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Januar 1994, S. 49-56.

Selbst Želev wollte bis 1994 einen Antikommunismus mit menschlichem Gesicht und setzte auf die Vernunft unter den Sozialisten. Viele Intellektuelle wünschten allen Ernstes eine Koalition von "Gemäßigten" der BSP und der SDS. Dies wäre ohne völligen Gesichtsverlust der SDS nicht denkbar gewesen.

Ljuben Berov, der Nachfolger F. Dimitrovs, war angeblich bestrebt, die Konfrontation zwischen Sozialisten und Antisozialisten aufzuheben, verstärkte in Wirklichkeit aber die Polarisierung. Der Reformschwung geriet unter ihm ins Stocken. Seitdem die Sozialisten dann wieder die Mehrheit im Parlament besaßen (seit Januar 1995), wurden einige Gesetze aufgehoben, geändert oder verwässert. Das "Panev-Gesetz", das hochrangigen kommunistischen Kadern den Zugang zur Wissenschaft verwehren sollte, wurde aufgehoben. Das Landreformgesetz (Gesetz über das Eigentum und die Nutzung von landwirtschaftlichem Boden) wurde zum Zankapfel zwischen der Linken auf der einen Seite und der Opposition sowie dem Präsidenten auf der anderen Seite. Die "Demokratische Linke" wollte während ihrer Regierungszeit die Besitzansprüche der früheren Eigentümer schmälern.²⁷ Das Verfassungsgericht und der Oberste Justizrat bewiesen jedoch auch nach dem Sieg der BSP ihre Unabhängigkeit. Als der Oberste Justizrat 1996 51 Personen des zaristischen Bulgarien rehabilitierte,²⁸ die 1946 vom "Volksgericht" verurteilt worden waren, sah die "Duma" darin schon eine Rehabilitation des Faschismus.²⁹ Im November 1996 wurden sechs weitere Urteile des "Volksgerichts" aufgehoben, da die Prozesse Verfahrensmängel aufwiesen und die Urteile nicht gerechtfertigt werden konnten.³⁰ Man hatte drei der Verurteilten zur Last gelegt, daß sie prodeutsche Zeitungsartikel geschrieben hatten. (Diejenigen, die später prosowjetische Artikel publizierten, wurden selbstverständlich nicht behelligt.)

3. Umgang mit Unterlagen des Geheimdienstes und der BKP

Der Ruf nach einer Sichtung und Auswertung aller Unterlagen der DS (Dăržavna sigurnost) wurde zwar immer wieder erhoben, erreichte aber nie die Stärke wie in Ostdeutschland, wo die Antikommunisten der Unterstützung aus Westdeutschland sicher sein konnten. Die Archive konnten selbst während der Regierungszeit von Filip Dimitrov nicht geöffnet werden, weil in der Regierungsmehrheit von SDS und DPS bestimmte Kräfte einer Offenlegung der Geheimdienstakten abgeneigt waren.

Filip Dimitrov hat als geschäftsführender Ministerpräsident Ende 1992 das Innenministerium angewiesen, allen Interessierten auf Anfrage zu bescheinigen, daß sie keine Informanten der DS waren. Wenn das Innenministerium aber belastendes Material besaß, brauchte das Ministerium nur zu schweigen. Diese Regelung, die auf Freiwilligkeit beruhte, hat Filip Dimitrov in den Reihen der SDS nicht nur Freunde geschaffen. Einige der SDS-Abgeordneten hatten von der Entlastung keinen Gebrauch gemacht und dürften zu jenen gehören, die sich bald von

²⁷ K. Schrameyer, in: VSO, S. 18; BBC, 11.9.1996.

²⁸ Demokracija, 27.8.1996; Standart, 27.8.1996.

²⁹ Duma, 27.8.1996.

³⁰ Demokracija, 26.11.1996.

der SDS abgesetzt haben. Nach dem Amtsantritt Ljuben Berovs wurde dieses Verfahren eingestellt.

Seit 1991 geben die Kandidaten demokratischer Parteien nur an, daß sie keine Mit- oder Mitarbeiter der DS gewesen sind.

Trotz aller Geheimhaltung gelangten jedoch Materialien aus den DS-Archiven in die Öffentlichkeit, etwa im Falle Dimităr Ludževs, Georgi Markovs oder Konstantin Trenčevs. Blagovest Sendov, der 1995-1997 Parlamentspräsident war, hat offen zugegeben, für den Sicherheitsdienst gearbeitet zu haben. Achmed Dogan wurde immer wieder als Spitzel bezeichnet.

Es mußte in der Bevölkerung eine beträchtliche Konfusion entstehen, wenn Personen als ehemalige Agenten des kommunistischen Geheimdienstes verdächtigt werden konnten, ohne daß ersichtlich war, ob es dafür Beweise gab. Die Vorwürfe hatten in der Regel keine Folgen. Die Beschuldigten reagierten oft nicht einmal. Petăr Beron trat allerdings als Chef der SDS zurück, wies jedoch alle Vorwürfe von sich.

Bestimmte Kreise haben die allgemeine Verwirrung genutzt, um im trüben zu fischen. Es war ja ohnehin die Taktik einiger Propagandisten der sozialistischen Partei, die SDS als eine Organisation zu diskreditieren, deren Führer frühere Kommunisten waren. So wurde etwa versucht, die Integrität von Filip Dimitrov und Stefan Sofijanski in Frage zu stellen. Sofijanski wurde unterstellt, Mitglied der kommunistischen Partei gewesen zu sein. Dies war, wie sich bald herausstellte, eine plumpe Fälschung. Nur die Einsicht in die einschlägigen Akten könnte Klarheit darüber verschaffen, wer wirklich und in welchem Umfang mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet hat.

Bis Ende 1989 gab es sechs Abteilungen im bulgarischen Geheimdienst.³¹

Hauptabteilung I	–	Auslandsaufklärung
Hauptabteilung II	–	Spionageabwehr
Abteilung III	–	Militärabwehr
Abteilung IV	–	Wissenschaftlich-technische Aufklärung
Abteilung V	–	Personenschutz
Abteilung VI	–	Aufdeckung und Bekämpfung politischer Opposition/Sicherung zentraler Einrichtungen

Das Interesse war besonders auf die Abteilung VI gerichtet. Allerdings wurde die Hoffnung auf eine umfassende Aufhellung der DS-Aktivitäten sehr früh gedämpft. So hieß es, daß bis zu 80 Prozent des Geheimdienstarchivs nach der Wende von 1989 vernichtet worden seien.³²

³¹ Vgl. D. Stein: Die Diskussion über die Dossierfrage der VI. Abteilung der Staatssicherheit (DS) in Bulgarien 1990-1996, in: Halbjahresschrift für osteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, Sonderheft, 1a, Oktober 1996, S. 25-31.

³² A.a.O., S. 26.

65 Prozent der IM-Dossiers sollen verschwunden sein.³³ Angeblich haben die Akten der DS, wenn man sie aneinanderreihen würde, eine Länge von 4,5 km.³⁴ Kürzlich hieß es, daß von den ehemals 279.704 Akten 132.581 entwendet oder vernichtet worden seien, so daß nur noch 147.123 zur Verfügung stünden.

Letzte Klarheit darüber, welche Unterlagen überhaupt noch existieren, läßt sich nur nach Öffnung der Archive gewinnen. Selbst wenn eine Anzahl von Papieren beiseite geschafft worden ist, kann immer noch Licht in viele Affären des kommunistischen Regimes gebracht werden. Vor allem läßt sich nur so die Diskussion über den DS dem Zwielicht der Spekulation entreißen. Aus minutiös gesammelten Mosaiksteinen, so ist zu hoffen, ergibt sich schließlich eine genauere Vorstellung des bulgarischen Geheimdienstes.

Erst nach dem Sieg der "Vereinigten demokratischen Kräfte" im April 1997 gab es eine ausreichende Mehrheit im Parlament, die der falschen Rücksichtnahme auf ehemalige Kommunisten und Agenten ein Ende setzen konnte. Am 7. Juli 1997 billigte das Kabinett Kostovs eine Gesetzesvorlage, die die Sichtung und Auswertung der Geheimdienstdossiers erlaubte.³⁵ Die Initiatoren des Gesetzes wollten klare Verhältnisse schaffen. In Zukunft sollten nur noch Dokumente, die in den Archiven aufbewahrt werden, berücksichtigt werden, nicht aber Papiere, die entwendet worden sind und sich nun in "Privatbesitz" befinden. Damit bezweckte man, möglichen Erpressungen der Agenten und Informanten durch deren frühere Führungsoffiziere den Boden zu entziehen. Von seiten der Sozialisten ist gemutmaßt worden, daß die "Konservativen" mittels dieses Gesetzes u.a. Achmed Dogan und George Gančev das Genick brechen wollten.³⁶

In einem ersten Durchgang werden die Spitzen der Legislative, Exekutive und Judikative überprüft. Rund 600 Personen standen nach dem Gesetzesentwurf zunächst auf dem Prüfstand. Die Informationen, die aus den Geheimdossiers gewonnen wurden, sollten Premierminister Kostov vorgelegt werden. Wie der stellvertretende Ministerpräsident Veselin Metodiev erklärte, erwartete man von den überführten Abgeordneten, daß sie ihr Mandat niederlegten. Man unterschied zwischen drei Kategorien von Mitarbeitern der Staatssicherheit: Vollzeitangestellte, zeitweilige Angestellte und "registrierte Informanten", von denen offensichtlich infolge der Vernichtung von 1990 nur noch die Namen erhalten geblieben sind.

Den Opfern der Staatssicherheit wurde das Recht zugesichert, daß sie die über sie angelegten Papiere einsehen konnten. Ausdrücklich wurde festgehalten, daß kein Mitglied des heutigen Geheimdienstes durch die Archiv-Öffnung enttarnt werden soll.

Am 30. Juli 1997 verabschiedete das Parlament nach einer siebenstündigen Debatte das Gesetz über die DS-Dossiers. Die BSP verließ die Sitzung vor der Abstimmung. Die "Vereinigung zur nationalen Rettung" (ONS) enthielt sich der Stimmabgabe.

³³ A.a.O., S. 29.

³⁴ Demokracija, 7.7.1997.

³⁵ Demokracija, Standart, Trud, 8.7.1997.

³⁶ Neues Deutschland, 7.7.1997.

Am 4. August 1997 bestätigte Präsident Petăr Stojanov das Gesetz. Daraufhin riefen 52 Abgeordnete aus den Reihen der sozialistischen Partei, der ONS und des "Business-Blocks" das Verfassungsgericht an, das jedoch die Klage im großen und ganzen zurückwies.

Am 22. Oktober 1997 wurden die Namen von 23 Agenten im Parlament verlesen. Davon waren 14 Abgeordnete, die sich zum Teil noch mit ihrer Tätigkeit für den Sicherheitsdienst brüsteten. Wie erwartet, war A. Dogan unter den Spitzeln.³⁷

Jetzt steht allen, die sich um die Aufklärung der kommunistischen Vergangenheit kümmern, eine mühevollere Puzzlearbeit bevor. Man weiß, daß sämtliche Archive mehrfach "gesäubert" worden sind und sich in einem kläglichen Zustand befinden.³⁸ Bislang haben schon politisch Verfolgte, die um eine Entschädigung nachsuchten, feststellen müssen, daß die Dokumente in den zugänglichen Archiven unvollständig waren. Von einigen Opfern kennt man bis heute noch nicht einmal das Todesdatum. Politisch mißliebige Personen sind auch oft nicht wegen ihrer politischen Überzeugungen, sondern als Hooligans und asoziale Elemente verurteilt worden.

Das Archiv der Kommunistischen Partei Bulgariens enthält sicherlich trotz mehrfacher "Säuberungen" noch genügend Materialien, die Aufschluß über Täter und Opfer des früheren Regimes geben können.³⁹

4. Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst und in der Wissenschaft

Unter Filip Dimitrov wurden die ersten Anstrengungen einer stärkeren Dekommunisierung in der Verwaltung unternommen. Im Finanzministerium (Ivan Kostov) zögerte man allerdings, den übernommenen Mitarbeiterstab energisch zu sieben, weil es der SDS an kompetenten Fachleuten mangelte. Im Außenministerium wurden von November 1991 bis Mai 1992 320 Personen abgelöst, 215 im diplomatischen und 105 im technischen Bereich.⁴⁰ Im Ministerrat mußten vier Fünftel des alten Personals ihre Arbeitsplätze räumen. Von 8.000 Managern der Staatsbetriebe, die dem Industrie- sowie dem Handelsministerium unterstanden, sind 2.000 entlassen worden. Ein Gesetz, das ehemaligen hochrangigen Kommunisten den Verbleib in den Staatsbanken für eine Dauer von fünf Jahren verwehren sollte, scheiterte am Verfassungsgericht.⁴¹ Das sogenannte "Panev-Gesetz" sah die Entfernung von Personen der Nomenklatura aus der Leitung von Universitäten, Akademien und wissenschaftlichen Instituten vor.⁴² 1995 wurde dieses Gesetz von der sozialistischen Regierung aufgehoben.

Filip Dimitrov war möglicherweise in bestimmten Kreisen auch deshalb verhaßt, weil er sich durch nichts davon abbringen lassen wollte, die Macht der ehemaligen Kommunisten zurück-

³⁷ Standart, 23.10.1997.

³⁸ Vgl. das Interview mit Kirila Văzvăzova-Karateodorova, in: Demokracija, 22.8.1997.

³⁹ Vgl. Interview mit Panto Kolev, in: Demokracija, 27.6.1997.

⁴⁰ Bjala kniga, Beilage der Duma, 22.3.1995.

⁴¹ Jessel-Holst, in: Brunner, a.a.O., S. 133.

⁴² Vgl. St. Stalev, in: Brunner, a.a.O., S. 122.

zudrängen. Als die Postkommunisten 1995-1997 die Mehrheit in der "Volksversammlung" besaßen, glaubten die Mitglieder der Nomenklatura nichts befürchten zu müssen. Sie saßen im Staatsapparat, in der Polizei, in den Banken und in den Betrieben. Nicht ihre Vergangenheit behinderte sie, sondern ihre Unfähigkeit, unter den neuen marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Bedingungen effizient zu arbeiten.

Seit der Interimsregierung von St. Sofijanski und erst recht seit der Amtsübernahme von Ivan Kostov sind die Vertreter des früheren Regimes aus hohen Ämtern wieder verdrängt worden.

5. Lager, Opfer, Gedenkstätten

Die ersten Lager entstanden offensichtlich Anfang 1945.⁴³ Belene war das bekannteste Lager, es wurde zum Symbol kommunistischer Unterdrückung. Mit einer Mauer des Schweigens war das Lager von Loveč umgeben. 1962 wurden die Lager geschlossen. Nach 1968 wurden in Belene aber wieder Gefangene interniert. 1985 wurden hier im Zuge der Bulgarisierung Türken eingesperrt.⁴⁴

Es gibt eine Reihe von Augenzeugenberichten ehemaliger Häftlinge. Für die Presse der Postkommunisten waren die Lager kein Thema, lediglich für die Blätter der antikommunistischen/antisozialistischen Opposition wie "Demokracija" und "Anti". Das Interesse der Bevölkerung am bulgarischen Gulag war zunächst groß. Der Sozialdemokrat Petăr Dertliev hat über seine Lagererfahrungen im Fernsehen berichten können. Insgesamt sollen 112.000 Menschen in Lagern umgekommen sein.

An die wichtigsten Lager erinnern Gedenktafeln. Die Opfer und Hinterbliebenen erhielten, sofern Unterlagen über die Haftzeit existieren, eine Entschädigung.⁴⁵ Am 31. März 1991 wurde die "Union der Verfolgten" gegründet, die die Interessen der 200.000 Verfolgten wahrnehmen sollte.⁴⁶

6. Widerstand und Kollaboration

Bulgarien hatte bis 1989 das Image eines der Sowjetunion bedingungslos ergebenen Satellitenstaates. Es gab hier keine Solidarność, keinen "Prager Frühling" und keinen Aufstand wie in Ungarn. Todor Živkov wollte sein Land so eng mit der Sowjetunion verknüpfen, daß beide Länder einen einzigen Organismus und einen einzigen Blutkreislauf bildeten,⁴⁷ ja er wollte sein Land am liebsten als Teilrepublik in die UdSSR integriert sehen. Das war durchaus keine bloße "Balkanrhetorik". Živkov konnte seine Sowjettreue bekunden, ohne daß es in der Bevölkerung zu Protesten gekommen wäre.

⁴³ Bălgarskijat gulag, Sviditeli. Sbornik, Sofia 1991, S. 15, 34.

⁴⁴ Ebenda, S. 11.

⁴⁵ Vgl. Jessel-Holst, in: Brunner, a.a.O., S. 126.

⁴⁶ Koj kakäv e?, Sofia 1991, S. 42f.

⁴⁷ K.-D. Grothusen (Hrsg.): Bulgarien, Göttingen, 1990, S. 120.

Nach der Befreiung Bulgariens durch Rußland 1878 hatte das Land hinreichend Grund, den Russen dankbar zu sein, obwohl es auch bald Enttäuschungen mit den Befreierern erleben mußte. Die bulgarischen Kommunisten haben am Ende des Zweiten Weltkrieges die Russen wiederum als Befreier begrüßt. Ende 1947 hatten die sowjetischen Streitkräfte Bulgarien verlassen, so daß dem Antisowjetismus zum Teil wenigstens der Boden entzogen war.

Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Bulgarien wurde allen antikommunistischen und demokratischen Kräften unmißverständlich klargemacht, daß ihre Zeit endgültig abgelaufen war. Bis zum März 1945 hatten die berüchtigten "Volksgerichte" in 11.122 Fällen Willkürurteile verhängt: 2.730 wurden zum Tode verurteilt, darunter die Kronregenten, Minister und Abgeordnete. 1.305 erhielten lebenslängliche Haftstrafen, 5.119 wurden zu 20 Jahren Haft verurteilt, und 1.516 wurden freigesprochen.⁴⁸ Viele verschwanden spurlos. Vom 12. September 1944 bis zum 1. Februar 1945 sollen 30.000 Menschen umgekommen sein.⁴⁹ Unter dem Deckmantel des Antifaschismus wurden alle, die dem kommunistischen Regime gefährlich werden konnten, getötet, kaltgestellt oder aufs Land abgeschoben.

Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft leisteten bis zum Beginn der 50er Jahre die "Gorjani", bewaffnete Partisanen in den Bergen. Ebenso haben sich viele Bauern der Zwangskollektivierung widersetzt. Mit Unterbrechungen gab es bis 1962 Konzentrationslager für alle mißliebigen Personen, darunter Belene und Loveč, die berüchtigsten von ihnen. Es hat immer Zeichen von Unzufriedenheit gegeben: 1953 in Plovdiv, Terrorakte zur Zeit der gewaltsamen Bulgarisierung der Türken und Proteste in Ruse.

Mittels bescheidener Privilegien wurde die Intelligenz ruhiggestellt. Das Živkov-Regime zeichnete sich durch eine Mischung von Nachlässigkeit und unberechenbarer Brutalität aus. Die schärfste Kritik an den Mißständen des kommunistischen Regimes übte Georgi Markov aus seinem selbstgewählten Londoner Exil mit seinen "Reportagen über Bulgarien aus der Ferne"⁵⁰, die von Radio Free Europe ausgestrahlt wurden. 1978 wurde Markov mittels eines präparierten Schirms getötet - für alle potentiellen Kritiker im Land eine Warnung.

Dissidenten vom Schlag eines Andrej Sacharow, Aleksandr Solženicyn, Lech Wałęsa oder Václav Havel hat es nicht gegeben. Nonkonformisten wie Radoj Ralin oder Željko Želez blieben im Rahmen des Systems oder doch des Marxismus.

1989 gab es in der DDR, in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn schon eine Tradition antikommunistischen Denkens. Die Oppositionellen hatten hier Niederlagen erlitten, die jedoch ihren Willen zum Widerstand nicht hatten brechen können. In Bulgarien nahm die Opposition erst 1989 festere Gestalt an. Viele erwachten erst jetzt aus ihrer Schreckstarre. Sie mußten nach der Wende alle die Erfahrungen machen, die man in den mitteleuropäischen Ländern längst gemacht hatte.

⁴⁸ J.D. Bell, in: Grothusen, a.a.O., S. 60.

⁴⁹ V. Alexandrow: Staatssicherheit und politischer Wandel, in: Politische Studien, 11/12, 1991, S. 611.

⁵⁰ G. Markov: Zadočni reportaži za Bălgarija, London 1983.

Anstöße zu einer kritischeren Sicht des eigenen Regimes kamen vor 1989 ironischerweise durch das sowjetische Fernsehen, das in Bulgarien ausgestrahlt wurde und in dem Tag für Tag von Gorbatschows Glasnost und Perestroika die Rede war. Ebenso hat die Entwicklung in Polen, Ungarn und in der DDR die Bulgaren inspiriert.

Man hat die bulgarische Passivität während der kommunistischen Ära mit dem unter den Türken zur Gewohnheit gewordenen Fatalismus erklärt. Jedes Volk trägt selbstverständlich an seinem Erbe.⁵¹ Nach 1945 war Bulgarien im Bewußtsein des Westens kaum noch präsent. Es hatte erheblich weniger Kontakte zu demokratischen Staaten als Polen oder Ungarn. In seinem berühmten Papier war Churchill bereit, Bulgarien zu 75 Prozent den Sowjets zu überlassen.⁵² Die Oppositionellen Polens, der DDR, der Tschechoslowakei und Ungarns setzten auf die moralische Unterstützung aus dem Westen. Die Bulgaren konnten eine solche Hilfe nicht erwarten. Sie hatten im Westen keine nennenswerte Lobby. Bulgarien war für die USA oder die Bundesrepublik nicht interessant genug.

7. Die BSP und ihre kommunistische Vergangenheit

Die Bulgarische Sozialistische Partei war 1995 die mit Abstand stärkste Partei in Bulgarien.⁵³ Sie besaß mehr als 30 Prozent des alten Mitgliederbestandes der KP. Die heutigen Kommunisten Rußlands haben nur noch 6 Prozent der früheren russischen Mitgliedschaft der KPdSU in ihren Reihen. 1994 hatten die KP-Nachfolgeparteien Polens und Ungarns nur mehr 3 bzw. 5 Prozent der früheren Mutterpartei. Die BSP hatte 1995 offiziell Einkünfte von 137,8 Mio. Leva, die SDS nur 29 Mio.⁵⁴ Der organisierte oder auch nichtorganisierte Einfluß der BSP reichte weit in alle Bereiche der Gesellschaft und Wirtschaft.

Die BSP versuchte seit 1994 einen verzweifelten Spagat zwischen den Rentnern, ihrem stärksten Wählerpotential, und den roten Millionären. Spötter verwendeten die Abkürzung BKP (Balgarska Kapitalističeska Partija) für sie.⁵⁵ Sie verstand sich zwar als eine sozialdemokratische oder sozialistische Partei westlichen Stils, hatte sich jedoch bei weitem noch nicht so stark reformiert wie die polnische oder ungarische KP-Nachfolgepartei. Sie war nicht einmal als Beobachterin in der Sozialistischen Internationale zugelassen. Ihre Spannweite war so groß, daß sie sowohl Sozialisten und halbe Kommunisten als auch Geschäftsleute sowie Opportunisten und Konjunkturritter ansprach. Einzelnen ihrer Mitglieder wurden Verbindungen zu mafiaartigen Organisationen nachgesagt.

Obwohl die BSP 1995-1997 eine bequeme Mehrheit im Parlament besaß, war sie außerstande, die Kriminalität einzudämmen und die Wirtschaft anzukurbeln. Seit 1996 ist Bulgarien sogar ein gutes Stück tiefer in die Krise abgerutscht. Brot war knapp und teuer geworden.

⁵¹ A. Ignatow, in: J. Elvert/Michael Salewski: Der Umbruch in Osteuropa, Stuttgart 1993, S. 159.

⁵² W.S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg, Bd. VI, 1, Stuttgart 1954, S. 269.

⁵³ Duma, 4.9.1995.

⁵⁴ Standart, 22.5.1996; Demokracija, 22.5.1996.

⁵⁵ Standart, 13.3.1996.

Man flüchtete in fremde Währungen, was einen dramatischen Wertverlust des Lev zur Folge hatte. Banken mußten wegen Zahlungsunfähigkeit geschlossen werden. Die Inflation war dramatisch emporgeschnellt. Die Rentner vor allem erlebten einen schwierigen Winter 1996/97. Trotz der von den Sozialisten verursachten Misere wollten nach Umfragen noch immer rund 26 Prozent der Bulgaren Ende 1996 der BSP ihre Stimme geben.⁵⁶ Das bedeutete, daß die Postkommunisten bis dahin einen solchen Rückhalt hatten, daß sie keinen Grund sahen, sich ernsthaft mit der eigenen Vergangenheit zu beschäftigen. Die Farbe Rot war für sie einfach ein Wert an sich. Die BSP sieht sich bis heute in einer humanistischen Tradition, sie versteht sich als Kämpferin gegen die Monarchie und den Faschismus und verdrängt noch immer vieles, was aus den 45 Jahren kommunistischer Herrschaft unaufgearbeitet blieb. Sie war daher auch nicht fähig zu erkennen, was die Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise waren. Nicht selten machten Sozialisten den nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Filip Dimitrov (1991-1992) für die gegenwärtigen Schwierigkeiten verantwortlich.

Viele Bulgaren, nicht nur die postkommunistische BSP, haben nie die Notwendigkeit gesehen, die Hinterlassenschaft der Kommunisten zu beseitigen. So war Bulgarien 1996/97 in eine Krise geraten, die nach Meinung des bulgarischen Korrespondenten des "Neuen Deutschland" die verheerendste in ganz Osteuropa war.⁵⁷ Die Verantwortung für das Desaster wollte die sozialistische Regierung jedoch nicht übernehmen.

Ohne ehrliche Diagnose wird es in Bulgarien keine Therapie und keinen Aufschwung geben. Unter der heutigen Regierung wird versucht, Bulgarien so weit von den Relikten der alten Zeit zu befreien, daß es einen ehrenhaften Platz in einem vereinigten Europa findet.

⁵⁶ Standart, 5.9.1996.

⁵⁷ Petar Botschukow, in: Neues Deutschland, 29.7.1996.

Heinz Brahm

Overcoming the Consequences of Communist Dictatorship in Bulgaria

Bericht des BIOst Nr. 47/1997

Summary

Introductory Remarks

Its geography is every country's fate. Because of its peripheral location in Europe, Bulgaria has been severely handicapped and sometimes even cast back in its development. Not until 1878 was it able to escape from Ottoman domination, to which it had been subjected for almost half a millennium. In 1934 party pluralism was abolished, and though it enjoyed a brief revival after the end of the Second World War it was again brutally suppressed by the Communists, who allowed only a conformist peasants' party at their side. For around 40 years, the Communists ruled the country in their own high-handed manner, stifling any spark of independent political thinking. They did not even stop at murdering their critics, such as Georgi Markov, assassinated in London in 1978. Sofia rigidly constrained contacts with the West. Todor Zhivkov would even have liked to merge his country with the Soviet Union. As a result of these policies, Bulgaria was for a long time hardly noticed in the West.

Since 1989, the Bulgarian Communist Party (BKP) was quick to adapt to the democratisation process taking place in East Central Europe. It relinquished its monopoly status, allowed opposition parties, and, in line with the trend at the time, re-named itself the "Bulgarian Socialist Party" (BSP). Unlike the post-communist parties in Poland, Hungary, Czechoslovakia and the GDR, the BSP emerged from the country's first free elections as the strongest party. It was not until 1991 that the "Union of Democratic Forces" (SDS) gained its first victory, with a hair's-breadth lead over the BSP, and formed the first anti-communist government, under the leadership of Filip Dimitrov and with the support of the DPS (Movement for Rights and Freedoms), the political representatives of the Turkish minority. But this government was forced to resign as early as in 1992, when it came under fire from all sides and first the DPS deputies and then some of the SDS's own parliamentarians defected. The renegades found the "blue" government's political course too incisive. In fact, by comparison with Poland, Hungary and Czechoslovakia, it was quite moderate.

The new government under Lyuben Berov, which enjoyed the support of the BSP, the DPS and the SDS rebels, neglected to eradicate the communist heritage and eventually found itself at a dead end.

The 1994 elections brought the BSP the absolute majority in parliament. It would thus have been well equipped to implement the programme of sweeping reforms it had promised. In-

stead, it ran aground in 1995 with its battle against crime and in 1996 it stumbled over the economy. Bread became scarce and inordinately expensive. Even "Neues Deutschland" came to the conclusion that nowhere in Eastern Europe was the crisis as devastating as in Bulgaria.

The pensioners, especially, were unable to cope with the inevitable turbulences and hardships that accompanied democratisation and the transition to a market economy, and most of them had voted BSP in 1994. The alarming thing was that even many intellectuals, journalists and academics did not want de-communization to go as far as, for instance, in the Czech Republic and thus willingly or unwillingly played into the hands of the BSP, which had made so little progress even in its internal reforms that it was not accepted into the Socialist International.

However, despite its patent failure, the BSP was not prepared to relinquish power. Only massive pressure from the streets forced it to give way, and it lost the elections in April 1997.

After the April 1997 elections, the new parliamentary majority of the "United Democratic Forces" (ODS) renewed attempts to make the country come to grips with its communist past.

Findings

1. The juridical response to communist injustice made some progress until 1992. Since 1993, however, efforts have been made to reverse some of the "excesses" of the SDS government. The Supreme Justice Council and the Constitutional Court have retained their independence even under the aegis of the Zhan Videnov's BSP government, and this has been so sharp a thorn in the socialists' flesh that they have repeatedly claimed that these two bodies were taking instructions from certain sources.
2. The archives of the DS (state security service) could not be opened even under Filip Dimitrov, due to resistance in the DPS and even in the SDS against too much transparency. The most interesting parts of the archives have apparently disappeared. In July 1997 Parliament passed a law permitting the secret service archives to be opened up. It is hoped that this will make it possible to identify former informers, who might still be susceptible to blackmail. At a later stage, the victims are also to be given access to their files.
3. During Filip Dimitrov's term of office the administration and the academic world were subject to some close screening. However, as long as the BSP was setting the tone, the old cadres had nothing to fear. Some of the socialist ministers had previously held high to topmost positions in the communist regime. Former communists were not infrequently employed in the banks and media under the guise of "no party allegiance". Following the victory of the "United Democratic Forces" in the April 1997 elections, the intention is now to eradicate all former communist officials from top state positions.
4. As of 1989, great public interest was shown in the various camps operated during the communist period. At that time a number of television programmes and books appeared dealing with the victims of communist persecution. Memorials have been erected at the sites of the most important camps. In the light of the present-day economic situation, not many people are in any way preoccupied with the communist past.

5. In Bulgaria, resistance against the communist regime never achieved the same scale as in Poland, Hungary or Czechoslovakia. On the other hand, the Bulgarians also received little support from the West. The communist regime's treatment of non-conformists ranged from at times almost lenient to sometimes brutal.
6. The BSP believes that it is no longer responsible for the injustices perpetrated by the BKP. The socialists point to the humanistic roots of communism and its struggle against the monarchy and Bulgarian fascism, which in their eyes appears almost as heinous as German fascism. The ranks of the BSP encompass nostalgics, socialists of indefinable hue, opportunists and even millionaires. To all appearances, some of today's socialists have at least points of contact with criminal organisations.